

Empfänger:

Gemeinde (Steueramt)

Absender/in:

Name, Vorname/n	
bzw. Firmenbezeichnung des/der Gewerbesteuerpflichtigen	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Telefon	Telefax
E-Mail	

Antrag auf Stundung der Gewerbesteuer gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 5 in Verbindung mit § 222 Abgabenordnung (AO)

ganz
 teilweise

Hinweise:

- Der Antrag sollte möglichst schon **vor Fälligkeit** der Gewerbesteuerschuld gestellt werden, damit nicht noch Säumniszuschläge anfallen.
- Falls eine Stundung gewährt wird, erfolgt diese Vergünstigung stets mit einem Widerrufsvorbehalt.
- **Gewerbesteuervorauszahlungen** können regelmäßig **nicht** gestundet werden. Wenn Sie eine Herabsetzung dieser Vorauszahlungen erreichen möchten, wenden Sie sich bitte an das zuständige Finanzamt und beantragen dort die Herabsetzung des Gewerbesteuermessbetrages hinsichtlich der Vorauszahlungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bescheid vom _____ – Kassenzeichen _____ – setzen Sie die Gewerbesteuer für den Veranlagungszeitraum vom _____ bis _____ in Höhe von _____ Euro für mich/mein Unternehmen fest.

Deshalb sind bis zum heutigen Zeitpunkt auch
 Säumniszuschläge in Höhe von _____ Euro und/oder
 Zinsen in Höhe von _____ Euro festgesetzt worden.

Die Entrichtung der Gewerbesteuer sowie etwaiger Säumniszuschläge und Zinsen war mir/uns bis zum Zeitpunkt der Fälligkeit am _____ nicht möglich.

Hiermit beantrage ich die Stundung der Gewerbesteuernachforderungen (inkl. Säumniszuschläge und Zinsen) in folgendem Umfang:

_____	Euro bis zum	_____
_____	Euro bis zum	_____
_____	Euro bis zum	_____
_____	Euro bis zum	_____

Begründung:

(sorgfältige Erläuterungen für die zur Gewährung einer Stundung notwendige erhebliche Härte¹)

¹ In diesem Sinne hat der/die Antragsteller/in seine/ihre wirtschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der derzeitigen Liquidität darzustellen. D. h. es sind ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten zu schildern.

Gleichzeitig bitte ich um

teilweisen

vollständigen

Verzicht auf die Erhebung von Stundungszinsen² nach § 234 Abs. 2 AO, weil deren Erhebung in meinem/unseren Fall aus folgenden Gründen unbillig wäre:

Als Nachweise für die Erläuterungen meiner Begründung/en reiche/n ich/wir Folgendes ein:

Als nach § 222 Satz 2 AO notwendige Sicherheitsleistung kommt/kommen für mich/uns in Betracht:

Bareinlage, Bankbürgschaft oder Bürgschaft des Finanzinstituts

Pfandrecht an beweglichen oder unbeweglichen Sachen, Rechten oder Wertpapieren

Sonstiges, etwa Hypothek

Ausnahmsweise bitte/n ich/wir, dass wir keine Sicherheit leisten müssen.

Es besteht keine Gefahr, dass wir die Gewerbesteuer sowie etwaige Säumniszuschläge und Zinsen nicht leisten, weil

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der obigen Angaben.

Freundliche Grüße

Ort, Datum

Unterschrift

Anlagen

² Die Zinsen betragen für jeden Monat 0,5 % (vgl. § 238 Abs. 1 Satz 1 AO).